No. 291. — 56. Jahrgang.

Mittwoch, 24. Juni 1908

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Morgen-Ausgabe

Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.

Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf. Stellenangebote und Gesuche . . 30 „

Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Straße 46/49.

Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Gneisenaustr. 20, Petersburgerstr. 2, Gr. Frankfurterstr. 33 u. Gr. Frankfurterstr. 87, Alexanderstraße 31, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstraße 27 (am Weddingplatz), Königstr. 56/57, Rathenowerstr. 3, Potsdamerstr. 23, Bauxreutherstr. 32, Leipzigerstr. 103, Blücherstr. 69 (Geschäftsannahmestellen), Rixdorf, Prinzenstraße 83/84 u. Berlinerstr. 73, Schöneberg, Hauptstr. 8, Charlottenbg., Kantstr. 34, Pankow, Berlinerstr. 13b, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Weißensee, Königschaussee 61b.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die Stichwahl in Moabit.

Der 12. Landtagswahlkreis hat 714 Wahlmänner. Davon haben sich bei der gestrigen Stichwahl, die von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends stattfand, nur 620 an der Wahl beteiligt. Es haben sich also 94 Wahlmänner abseits gehalten, ein bei einer derartigen Wahl ungewöhnlich hoher Prozentsatz.

Es erhielten:

Prediger Dr. **Runze** (freis. Vp.) . . . 307 Stimmen,
Stadtverordneter Adolf **Hoffmann** (soz.) 313 „

Somit gewählt: Stadtverordneter **Adolf Hoffmann** (soz.).

* * *

Bei der Wahl am 16. Juni hatten erhalten:

Prediger Dr. Runze (fr. Vp.) . . . . 165 Stimmen
Rechtsanwalt Ulrich (kons.) . . . . . 164 „
Professor Leidig (natl.). . . . . 2 „
Stadtverordneter Hoffmann (soz.) . 312 „

Um 6½ Uhr, kurz vor Schluß der Wahl, standen beide Parteien einander vollständig gleich; jede hatte auf ihren Kandidaten 306 Stimmen vereinigt. Zwei Schuhmachermeister, die von den Konservativen als Wahlmänner aufgestellt worden waren und am 16. dieses Monats für Rechtsanwalt Ulrich gestimmt hatten, gaben gestern ihre Stimmen dem Sozialdemokraten. Schließlich schleppten die Freisinnigen noch einen Mann und die Sozialdemokraten noch acht Mann heran, dann schlug es 7 Uhr, und die Wahl war zu Ende. Das Resultat wurde mit ungeheurem Jubel seitens der zahlreich versammelten Sozialdemokraten begrüßt.

* * *

Die Sozialdemokraten haben also noch einen Wahlmann mehr aufgebracht, während unter den Blockgenossen etliche, auf die man rechnen zu können glaubte, nicht mitgemacht haben. Am 16. Juni waren von den bürgerlichen Parteien zusammen 331 Stimmen aufgebracht worden; gestern brachten sie es nur auf 307; es haben also 24 Mann versagt, mehr als genug, um den Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten herbeizuführen. Und da ausdrücklich versichert worden ist, daß von den freisinnigen Wahlmännern keiner verreist gewesen sei, so darf man daraus den Schluß ziehen, daß es 24 nationalliberale und konservative Blockgenossen gewesen sind, die den Freisinn im Stich gelassen haben. Damit vergleiche man die Selbstentsagung, mit der die Blockfreisinnigen in den verschiedensten Wahlkreisen die reaktionären Kandidaten unterstützt haben! Es gilt also auch für den Moabiter Wahlkampf und seinen Ausgang, was von der gesamten Blockpolitik im Reiche gilt: der Freisinn darf überall mit wahrem Heldenmut die reaktionäre Politik unterstützen; wenn er aber auf den Lohn für seine Treue rechnet, dann läßt man ihn kaltlächelnd abfallen.

* * *

In dem Moabiter Wahlkampfe spiegelt sich, wie in den fünf anderen für den Freisinn verloren gegangenen Berliner Wahlkreisen, der deutliche Widerwille der entschieden freisinnigen und der demokratischen Bevölkerung gegen die Blockpolitik ab. Denn sonst hätten die Freisinnigen mehr als 165 und die Sozialdemokraten weniger als 312 im ersten Wahlgange erhalten müssen. Außerdem hatte man, wie bereits gestern von uns hervorgehoben und begründet worden ist, von freisinniger Seite bei der Auswahl des Kandidaten keine glückliche Hand. So ist es nunmehr dahin gekommen, daß die ehemalige unbestrittene Domäne der alten Fortschrittspartei, Berlin zur Hälfte an die Sozialdemokratie verloren gegangen ist! So rasch und so kräftig ist selten eine Partei heruntergewirtschaftet worden wie die freisinnige Volkspartei durch ihre gegenwärtigen „Führer" und ihre „liberale" Politik.

Der „Zehngebote-Hoffmann", der als siebenter Sozialdemokrat in das preußische Dreiklassenparlament einzieht, ist ein geübter Zwischenrufer, der manchen preußischen Junker beim Herlagen auswendig gelernter Tiraden gegen den „Umsturz" aus dem Konzept bringen wird.

Daß die „führenden" Freisinnsleuchten aus dem Verlust von halb Berlin an die Sozialdemokratie die richtigen Lehren ziehen werden, dafür fehlt leider jeder Anhalt. Es muß erst noch schlimmer kommen.

Konzertpädagogen.

Geschwindigkeit ist keine Hexerei.

Zur Vorbildung junger katholischer Geistlicher als Schulaufsichtsbeamte hat der preußische Kultusminister auf Ersuchen des Bischofs v. Limburg genehmigt, daß fortan alljährlich im Herbst am katholischen Lehrerseminar zu Montabaur ein sechswöchiger pädagogischer Kursus zu ihrer Unterweisung in der Pädagogik und Methodik abgehalten werden soll.

Ob sich wohl ein einziger Berufszweig außer den Lehrern von Leuten „beaufsichtigen" lassen muß, die an drei Dutzend Tagen das ganze Geschäft studiert haben?

Die Reichstagsdynastie Winterfeldt.

Das Reichstagsmandat für Preußlau-Angermünde, das durch den Tod des Alterspräsidenten des Reichstages, Geheimrats v. Winterfeldt erledigt ist, wird, wie einem hiesigen Blatt geschrieben wird, dem Sohn des Verstorbenen, dem Oberpräsidialrat v. Winterfeldt angeboten werden. Dieser war früher Landrat im Kreise.

Schmoller.

Zum siebzigsten Geburtstag.

Der Volkswirtschaftsprofessor Schmoller rückt heute ins biblische Alter ein. Die landesüblichen Ehrungen sind ihm reichlich zuteil geworden; die Universität Berlin sandte ihn als ihren Vertreter ins Herrenhaus; er ist Mitglied des preußischen Staatsrats; seit langem schon gehört er der Akademie der Wissenschaften an, und stolz darf er den Charakter eines „Historiographen der brandenburg-preußischen Geschichte" sein eigen nennen.

Männer, denen eine solche Ueberbürdung mit den in Preußen herkömmlichen Auszeichnungen zustößt, pflegen im allgemeinen eine epochale Bedeutung für den Fortschritt und die Freiheit der geistigen Güter nicht zu haben. Was die in den Zentralämtern ausschlaggebende hohe Bureaukratie an diesem Schmoller immer hochgeschätzt hat, was ihn jetzt zum vertrauten Berater des vierten Reichskanzlers macht: das ist seine Zuverlässigkeit in den Fragen des monarchischen Gedankens, der neudeutschen Flotten- und Kolonialpolitik, der Bekämpfung der Sozialdemokratie und der logischen bürgerlichen Demokratie. Es ist wahr: auch Schmoller hat einmal unter dem Verdachte seufzen müssen, zu den Kreisen der Kathedersozialisten zu gehören. Seine Fehden, die er zu jenen Zeiten gegen Treitschke und den Freiherrn v. Stumm führte, sind nach neutraler Schätzung der rühmlichste Moment in seiner Gelehrtenlaufbahn. Nachdem er sich bereits mit einer Begeisterung und einem Eifer, von denen sein kühles Temperament sonst nichts wußte, hineingearbeitet hatte in eine rücksichtslose Verehrung und Verherrlichung der hohenzollernschen Ahnenreihe, packte auch ihn die jäh aufsprießende soziale Idee wie viele seiner Hochschulkollegen. Aber, besonnen und vorsichtig, wie er war, und wie er ist, ließ er sich nicht in große Konflikte bringen. Es ist immer seine Art gewesen, zu versöhnen, zu vermischen. Er billigte einen „maßvollen" Sozialismus — „maßvoll" ist das Lieblingswort derartiger Männer — und gleichzeitig den Staat, der nur mit innerem Widerstreben soziale Zugeständnisse mache. Die Botschaft Wilhelms I., die die Arbeiterversicherungen einleitete, galt ihm damals die Lösung aller sozialen Fragen.

Dieser Weg, der im Grunde nichts weiter als eine fürsorgepolizeiliche Verwaltungsmaßregel ist, keine grundlegende Feststellung der sozialen Gleichberechtigung und Gleichverpflichtung aller Staatsbürger, er war nach Schmollers Herzen. Sein Ideal lag verborgen in jenen Zeiten des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts, in der eine patriarchalisch wohlmeinende Staatsregierung weise und streng die Geschicke der ihr anvertrauten „Untertanen" lenkte, in der die Verwaltungswirtschaft sich deckte mit Volkswirtschaft. Das war das Wesen seiner politischen Anschauung: man sollte die hereinbrechenden wirtschaftlichen und sozialen Ideen nicht als minderwertig und unberechtigt verwerfen; aber man sollte andererseits der Einsicht der Staatsgewalt vertrauen, die diesen Ideen schon zur rechten Zeit Geltung geben würde. Es ist Sache glücklich angelegter Naturen, so zu denken. Für Menschen, die da glauben, nur aus dem Kampfe könne der Fortschritt entspringen, ist solche Gesinnungsmethode nicht tauglich.

Schmoller hat sich deshalb in einen wahrhaft schneidigen Kampf über gegenwärtig brennende wirtschaftliche und soziale Fragen niemals eingelassen, und das unterscheidet ihn von seinem großen Gegner Brentano, dem sich das ganze Leben und Wirken ausfüllt mit dem Parteinehmen im Hader der aufeinander stoßenden Mächte. Schmollers Blick ruht immer und immer wieder aus in der Vergangenheit. Er lehrt, daß gewisse Erscheinungen und Entwickelungen in der Volkswirtschaft regelmäßig wiederkehren im Laufe der Geschichte, und daß wir füglich mit aller Sorgfalt die Einzelheiten der Vergangenheit aufspüren müssen, um uns an ihnen ein Beispiel zu nehmen für unser Verhalten in der Gegenwart. Es war eine notwendige Folge solcher Anschauung, daß er eine intensive historische Forschung anregte, und seine Abhandlungen über die mittelalterlichen Industrien in Straßburg, über die ausdämmernde Industrialisierung Preußens unter den ersten Hohenzollernkönigen, die er in seinen „Umrissen und Entwürfen" zu einem sehr lesenswerten Buche vereinigte: diese Abhandlungen waren Muster von gelehrten Essays und gründlicher Forschung.

Das Schlimme war aber, daß es auf diesem Wege des Durchstöberns ferner, fremder Zeiten gar kein Halt mehr gab. Was bei dem Lehrer ein Vorzug war, wurde den Schülern zum Verderben. Die Schule Schmoller, die die Berliner Universität beherrscht (Jastrow hat nicht den offiziellen Segen und von dem jungen Wildbrand spricht man nicht) hat eine kolossale Bücherarbeit geleistet und im Grunde nichts hinter sich gebracht. Es ist unausbleiblich, daß Gelehrte, die nur die Kenntnisse von den Details des Mittelalters haben, verstummen und ratlos bleiben vor den dringenden Notwendigkeiten der modernen Entwickelung. Es geht ihnen genau so wie den Weltschätzen, die in der Ferne alles scharf unterscheiden, aber in der Nähe hilflos werden.

Schmoller gehört mit seiner historischen Forschungsmethode deshalb zu jenen Gelehrten, die für das moderne Hilfsmittel der Statistik sehr wenig Sympathien hegen, und das trennt ihn scharf von Adolf Wagner, dessen wissenschaftliche und politische Gesinnung er im übrigen teilt. Er will alle Lehr- und Leitsätze für die Gegenwart ableiten aus entsprechenden und ähnlichen Vorkommnissen in vergangenen Epochen der Wirtschaftsgeschichte. Daß das an und für sich gefährlich ist, ist leicht zu begreifen. Es steht eben in der Willkür des einzelnen, was er zu vergleichen beliebt. Aber auch hier sind es wieder die Schüler, die sich versteigen bis zu einer direkten Verachtung der Statistik, und die fest und stramm auf die billige Weisheit schwören, daß man mit der Statistik alles beweisen könne.

Im Grunde ist Schmoller ein diplomatischer Geist. Er haßt Hitzigkeit und Temperament, und es muß schon sehr weit kommen, ehe er einmal scharfe Worte findet. Er gehört zu jenen Menschen, die es verstehen, jeder Sache eine gute Seite abzugewinnen und hinter jeden Tadel ein „immerhin" zu setzen. Er liebt die Ruhe und die Sanftheit. Er ist deshalb der taugliche Mann, um der Bülowschen Politik das geeignete theoretische Relief zu geben. Er überträgt diese Eigenschaften auch auf seine Lehrtätigkeit. Er duldet in seinem Seminare kein Aufeinanderplatzen der Meinungen, keinen Debattensturm. Er schlichtet und besänftigt. Es ist bekannt: wer ein wenig müde in seine Kollegs kommt, der wird dort nicht grausam aufgepeitscht.

Gewerbegerichtswahlen.

In der vergangenen Woche fanden in Meiderich (Rheinland) Gewerbegerichtswahlen statt nach dem Verhältniswahlsystem. Es standen drei Parteien einander gegenüber:

Liste Nr. 1 sozialdemokratische Gewerkschaften, Liste Nr. 2 evangelischer Arbeiterverein und Hirsch-Dunckerscher Gewerkverein, Liste Nr. 3 katholischer Arbeiterverein und „christliche" Gewerkschaften. Der gemeinsame Wahlvorstand der Liste Nr. 2 hatte es sich zur Aufgabe gemacht, den Wahlkampf streng sachlich zu führen und ist diesem Grundsatz auch nachgekommen. Von den sozialdemokratischen Gewerkschaften kann, abgesehen von einzelnen Seitenhieben, auch gesagt werden, daß die Form des Kampfes nicht persönlich verletzend war. Anders natürlich war dies auf seiten der „christlichen" Gewerkschaften.

Vor der Landtagswahl, so schreibt die „Westdeutsche Post", wo die angestellten Sekretäre dieser Richtung alle Hände voll zu tun hatten, um die Agitation für das Zentrum zu besorgen, neigten wir zu der Ansicht hin, daß man auch hier gewillt sei, nur sachlich zu kämpfen. Doch die Zeit nach der Landtagswahl bis zum 11. Juni mußte uns eines besseren belehren. In Flugblättern und Zeitungsartikeln wurden die Mitglieder des evangelischen Arbeitervereins und des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins gegen ihre eigenen Führer scharf gemacht. Besonders war es nach dieser Seite auf den Vorsitzenden des evangelischen Arbeitervereins abgesehen.

Die Liste Nr. 2 hat trotzdem glänzend gesiegt.

Es erhielten Stimmen:

Liste 1 (sozialdemokratische Gewerkschaften) 1869 Stimmen,
Liste 2 (evangelischer Arbeiterverein und Hirsch-Dunckerscher Gewerkverein) 6694 Stimmen,
Liste 3 (katholischer Arbeiterverein und „christliche" Gewerkschaften) 4025 Stimmen.

Es erhalten demnach Beisitzer:

Liste 1 keinen,
Liste 2 drei,
Liste 3 zwei.

Mit vieler Mühe und Not hat die Liste 3 den Rest, den zweiten Beisitzer, erhalten.

Es waren ausgeschieden von den sozialdemokratischen Gewerkschaften: 1 Beisitzer; evangelischer Arbeiterverein und Gewerkverein 2 Beisitzer; katholischer Arbeiterverein und christliche Gewerkschaften 2 Beisitzer.

Es ist zu wünschen, daß bei der Gewerbegerichtswahl in Berlin, wo im Herbst zum ersten Mal nach dem Verhältniswahlsystem gewählt wird, der Wahlkampf auf allen Seiten sachlich ausgefochten werden möge. Auch darf erwartet werden, daß die Berliner evangelischen Arbeitervereine es sich reiflich überlegen werden, mit wem sie bei der Wahl zusammengehen werden. Von den Zentrumsleuten werden sie keinen Dank ernten!

Eine neue Jerusalems-Fahrt.

Das Kaiserpaar soll nach einer Mitteilung hiesiger Blätter die Absicht haben, anläßlich der feierlichen Eröffnung des Pilgerheims, die 1910 stattfinden dürfte, eine zweite Reise nach Jerusalem zu unternehmen, wahrscheinlich in Verbindung mit der Frühjahrsreise nach Korfu.

Persien und die Pforte.

Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, hat der persische Botschafter der Pforte eine sehr energische Note überreicht, die sich auf Meldungen aus Urmia stützt und die Einstellung der Ausschreitungen der Kurden verlangt. Der Botschafter wird deshalb und wegen des neuerlichen Vormarsches der Türken am Freitag eine Audienz verlangen.

Brandenburgischer Städtetag.

Frankfurt a. Oder, 23. Juni.

Der zweite Tag der Verhandlung wurde durch einen Vortrag des königlichen Gartenbauinspektors Zahn, Dahlem

über die Gartenkunst im Städtebau

eingeleitet. Er verwies auf die schönen Wallanlagen in der Stadt Frankfurt, die die Teilnehmer des Städtetages in Augenschein genommen haben. Einfachheit und Ruhe, ohne Prunk und Pracht soll die Signatur sein. Hauptsache ist die Unterhaltung von Anlagen, für die genügend Mittel bereitgestellt werden müssen. Fehlerhaft ist es, schematisch mit der Errichtung von Vorgärten vorzugehen. Gewisse uniformierte Stadtteile, wie sie zum Beispiel die Vororte Berlins aufzuweisen haben, seien auf das Entschiedenste zu bekämpfen. Eine gleichmäßige, langweilige Straße wird dadurch nicht viel besser, daß sie gleichförmig mit Bäumen bepflanzt wird. Eckgrundstücke dürfen keine Vorgärten enthalten. Durch Zurücktreten oder Vorschieben der Bepflanzung muß für die nötige Abwechselung gesorgt werden. Es ist nicht nötig, alle Straßen mit Bäumen zu versehen. (Nötig nicht, aber angenehm!) Der gewünschte Schatten für den Bürgersteig könnte auch durch die Bäume und Sträucher aus den Vorgärten erzielt werden; als Beispiel gilt die Viktoriastraße in Berlin. (Wo ist denn da der Schatten?) Bei Erholungsplätzen sei der Kinderspielplatz nicht zu vergessen. Bei neu zu schaffenden Parkanlagen ist, wie das Ergebnis des Preisausschreibens für den Schillerpark in Berlin zeigt, jetzt der Gedanke